



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 18.02.2021**

öffentlich

Ort: Videokonferenz

Zeit: 15:35 Uhr bis 17:04 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Alexander Raue	Ausschussvorsitzender, AfD-Stadtratsfraktion Halle
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Stellv. Ausschussvorsitzender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Frau Thomann, Teilnahme bis 17.01 Uhr
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle, Teilnahme bis 16.39 Uhr
Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 16.35 Uhr
Torsten Hahnel	Sachkundiger Einwohner
Holger Krause	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 16.00 Uhr
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Kerstin Ruhl-Herpertz	Leiterin Fachbereich Umwelt
Steffen Johannemann	Leiter Abteilung Umweltrechtlicher Vollzug
Dirk Scherlies	Leiter Abteilung Objektbetreuung
Maik Stehle	Stellv. Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner
Heinz-Jürgen Seilkopf	Sachkundiger Einwohner
Steffen Krutz	Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragestunde

zu Herr Thomas zum Winterdienst

Herr Aldag, der stellvertretende Ausschussvorsitzender, las die eingereichte schriftliche Anfrage von Herrn Thomas vor.

Er wollte wissen, ob die Stadt verantwortungsvoll sein und damit anfangen kann, den Kindern die Wahrheit über erneuerbare Energien zu sagen?

Herr Paulsen bejahte die Frage.

Herr Feigl verneinte die Frage ergänzende Frage, ob unter anderem seine Fraktion zu Hause nur eine Glühlampe anschalten, um Strom zu sparen.

Herr Aldag las die Folgefrage vor, in der Herr Thomas wissen wollte, ob jemand in der Verwaltung ihm sagen könne, wie weit die Reichweite einer Elektroauto-Batterie bei kaltem Winterwetter ist?

Herr Paulsen verneinte die Frage.

Herr Raue sagte, dass nach seinen Informationen solche Elektroauto-Batterien eine Reichweite von 200 bis 250 km haben.

Herr Aldag las die zweite Folgefrage vor. Herr Thomas wollte wissen, ob die Verwaltung den Schülern erklären kann, wie in den Minen, die wichtige Mineralien für Elektroauto-Batterien gewinnen, Kinderarbeit eingesetzt wird?

Herr Paulsen bejahte die Frage, mit dem Hinweis, dass für viele Einsatzgebiete auf der Welt Arbeitsbedingungen herrschen, die nicht akzeptabel sind. Die Stadt Halle (Saale) setzt sich dafür ein, dass ausbeuterische Kinderarbeit nicht stattfindet.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von dem Vorsitzenden, **Herrn Raue**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Nieder-

schrift

- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.11.2020
- 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.12.2020
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Beschlussvorlage zur Verlängerung der geschlossenen Konzessionsverträge mit den Leistungserbringern im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VII/2021/02163
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU für einen Masterplan "Saubere Saale"
Vorlage: VII/2020/01827
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu einem Feldweg zum Starpark
Vorlage: VII/2020/02091
 - 6.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Stand Gespräche zum Radweg Passendorfer Damm
Vorlage: VII/2020/02089
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.11.2020

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 19. November 2020, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.12.2020

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 3. Dezember 2020, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Beschlussvorlage zur Verlängerung der geschlossenen Konzessionsverträge mit den Leistungserbringern im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VII/2021/02163**

Herr Teschner führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Dr. Thomas sagte, dass die Vergabe nach dem Konzessionsmodell begrüßenswert ist. Er warb um Zustimmung.

Herr Raue fragte, welchen Einfluss das Konzessionsmodell auf die Rettungszeiten hat.

Herr Teschner antwortete, dass die Konzessionen genau vorgeben, welche Rettungsmittel zu welchen Zeiten, in welcher Stärke und in welcher Besetzung vorzuhalten sind.

Herr Raue fragte, ob eine Verbesserung der Rettungszeiten festgestellt wurde, da die Stadt im Landesvergleich zurück lag.

Herr Teschner bejahte dies. Er gab zu bedenken, dass die Messung der Rettungszeiten nicht landeseinheitlich sind. In Halle (Saale) praktiziert die strengste Messung, die mit Eingang des Notrufes beginnt.

Herr Raue fragte, wie lange das Anlegen eines Rettungsfalls dauert.

Herr Teschner antwortete, dass das vom Einzelfall abhängig ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung

**zu 4.1 Beschlussvorlage zur Verlängerung der geschlossenen Konzessionsverträge mit den Leistungserbringern im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VII/2021/02163**

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Unter Zugrundelegung des Stadtratsbeschlusses vom 25.05.2016, Vorlagen-Nr.: VI/2016/01658 und der tariflichen und sozialen Entwicklung der Leistungserbringer im Rettungsdienst als Arbeitgeber, werden die Konzessionsverträge im bodengebundenen Rettungsdienst um 2 Jahre verlängert. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die entsprechende Vertragsverlängerung gegenüber den Vertragspartnern zu erklären.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU für einen Masterplan "Saubere Saale" Vorlage: VII/2020/01827

Herr Aldag brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Johannemann sagte, dass den Fraktionen eine schriftliche Erläuterung zum Mischwassersystem der HWS nachgereicht wird.

Zum Antrag sagte er, dass Berlin nicht mit konkreten Messungen arbeitet. Anhand konkret aufgestellter hydraulischer Modelle wird prognostiziert, ob eine Gefährdung eintreten kann oder wahrscheinlich ist. Diese Modelle basieren auf dem städtischen Entwässerungsnetz, an die Hydraulik im Netz und den Abflussverhältnissen in den Gewässern in Verbindung mit den Wetterprognosen. Eine kurzfristige Umsetzung ist durch die Verwaltung weder finanziell noch personell möglich. Zudem sind in Berlin umfangreiche Forschungsgelder eingeflossen. Weiterhin sind in Berlin offizielle Badestellen an den Gewässern ausgewiesen, in Halle ist/sind diese nur geduldet. Unbestritten ist die Zielsetzung einer Reduzierung der Schmutzfracht, die bei Starkregenereignissen aus dem Kanalnetz in die Gewässer eingeleitet wird.

Zum Punkt b) sagte er, dass laut Gesetzgebung jeder Grundstückseigentümer bzw. die Straßenbaulastträger für die Regenwasserbeseitigung selbst zuständig ist. Das in der Stadt vorhandene Entwässerungsnetz verfügt nur über bestimmte Ableitungskapazitäten, schon aus diesem Grund ist die Aufnahmefähigkeit für zusätzliche Einleitungen stark eingeschränkt. Aus Sicht des Netzbetreibers können daher kaum zusätzliche Einleitungen genehmigt werden. Dies wird bereits im Zuge von Bauleitplanverfahren oder einzelnen Baugenehmigungsverfahren umgesetzt. Ziel ist es mehr Aufklärungsarbeit hinsichtlich dezentraler Regenwasserbeseitigungsverfahren zu leisten. Letztlich müssen diese Maßnahmen aber auch vor Ort umsetzbar sein.

Herr Raue sagte, dass das Problem darin besteht, dass das Mischwassersystem auf eine regelmäßige Durchspülung angewiesen ist. Dazu muss gesteuert werden, wann eine Zuleitung erfolgen kann. Die einzige Lösung, die sich seiner Meinung nach anbietet, ist es, dass Großbetriebe mit großen Grundstücks- und/oder Dachflächen eine temporäre Regenwasserrückhaltung durchführen und verzögert einleiten. Des Weiterhin fragte er, wie eine Entsiegelung erfolgen soll, da diese in einer Stadt schwer umzusetzen ist.

Er schlug vor, dass vor den Badestellen an der Saale regelmäßige Messungen durchgeführt werden. Dies könnte in Zusammenarbeit mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg erfolgen.

Herr Dr. Thomas begrüßt das Anliegen des Antrags. Er befürwortete die Aussage von Herrn Raue bezüglich autonomer Überwachungssysteme, die mit der Universität entwickelt werden. Er beantragte eine Einzelpunktabstimmung.

Frau Jacobi sagte, dass ein Generalentwässerungsplan der HWS existieren muss. Sie fragte, wann dieser zuletzt fortgeschrieben wurde oder wann dies geplant ist.

Herr Johannemann antwortete, dass es mehrere Generalentwässerungspläne gibt, die die HWS für das Stadtgebiet aufgestellt hat. Diese sind in die Einzugsgebiete unterteilt und werden fortlaufend weitergeschrieben. Die Stadt ist in der Pflicht spätestens alle 5 Jahre die Entwässerungsverhältnisse bezüglich der Schmutzfrachtbetrachtung neu zu berechnen.

Zu dem Überwachungssystem sagte er, dass Standardanalyseverfahren zur bakteriellen Belastung erst nach 48 Stunden vorliegen, sodass ein Monitoring zur aktuellen Belastung nicht über die Keimzahlen erfolgen kann. Daher müssen Alternativen anderer Parameter, wie beispielsweise der organischen Belastung herangezogen werden müssen. Diese umfangreichen Faktoren müssen mithilfe anderer Experten erörtert werden, welche passende Überwachungs- und Warnsysteme installieren werden können.

Herr Feigl bat darum, die Diskussion zum Antrag zurückzubringen, da die Diskussion zu weitführend ist. Die Intention ist es, die Wasserqualität der Saale zu verbessern. Dazu soll ein Masterplan erarbeitet werden und die eingebrachten Argumente zur Betrachtung herangezogen werden. Er bat darum, den Ergebnissen eines Masterplans nicht vorzugreifen.

Frau Jacobi fragte, wann eine Fortschreibung des Generalentwässerungsplans geplant ist. Des Weiteren fragte sie, ob die Pläne nach Einzugsgebieten abgeglichen werden.

Herr Johannemann schlug vor, ein Statement zum Generalentwässerungsplan in Abstimmung mit der HWS aufzuarbeiten und in der kommenden Sitzung vorzustellen.

Herr Krause sagte, dass es hilfreich wäre eine Rundumsicht über die Abwassersituation zu bekommen. Er fragte, ob es ein Konzept zur Grauwasserwärmetauschnutzung in Halle (Saale) gibt und ob das bei einer Rundumsicht mitbetrachtet wird.

Herr Johannemann antwortete, dass die Nutzung von Abwasserwärme in Halle (Saale) nicht praktiziert wird.

Herr Aldag sagte, dass ein Masterplan den Weg gebracht werden sollte, bei dem der Generalentwässerungsplan als Grundlage dienen kann. Er warb um Zustimmung für den Antrag.

Herr Raue sagte, dass seine Fraktion das Anliegen des Antrags unterstützt. Er ergänzte, dass Fördermittel für ein Pilotprojekt zur Wasserbelastung beim Bundesumweltministerium akquiriert werden könnte. Er fragte, ob es möglich ist, an den Überläufen Sensoren anzubringen, welche dann an den Badestellen ein Signal auslösen, dass das Baden ungünstig sei.

Herr Paulsen wies darauf hin, dass Baden in Flüssen nie ungefährlich ist und dass die Stadtverwaltung immer davon abrät, auch wenn ein Warnsystem für die Keimbelastung installiert wird.

Herr Scholtyssek sagte, dass seine Fraktion das Anliegen für wichtig empfindet. Nach Gesprächen bei der HWS gab es noch Diskussionsbedarf in der Fraktion, daher wird sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Einzelpunktabstimmung.

zu 5.1 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU für einen Masterplan "Saubere Saale"
Vorlage: VII/2020/01827

Punkt a)

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

einstimmig zugestimmt

Punkt b)

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Masterplan zu erarbeiten, dessen Ziel es ist, mit geeigneten Maßnahmen:

- a. kurzfristig die gesundheitlichen Gefahren, die sich aus dem Eintrag von Abwässern aus der Mischwasserkanalisation für Badende ergeben, durch ein Überwachungs- und Warnsystem zu minimieren,
- b. mittel- und langfristig den Zufluss von Regenwasser in die Kanalisation deutlich zu verringern, um auf diese oder andere Weise ein Überlaufen des Mischwasserkanals immer weiter einzuschränken und letztlich ganz zu vermeiden.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu einem Feldweg zum Starpark
Vorlage: VII/2020/02091

Frau Dr. Burkert bat um Prüfung, ob die Maßnahme aus dem neuen Bund-Länder-Programm oder im Zuge des Förderantrags (Erweiterung Star-Park Halle) aus GRW-Mitteln finanziert werden kann.

Herr Paulsen sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Stand Gespräche zum
Radweg Passendorfer Damm
Vorlage: VII/2020/02089**

Frau Dr. Burkert bat die Stadtverwaltung, um Kontaktaufnahme mit dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz (LHW), mit der Bitte den Radweg zu vervollständigen.

Herr Paulsen sicherte eine erneute Kontaktaufnahme zu, um das Vorhaben schnellstmöglich umzusetzen.

Herr Johannemann ergänzte, dass der Weg nie als Radweg ausgewiesen wird. Es handelt sich um einen Deichverteidigungsweg, wo der Betreiber des Deiches der Kommune gestatten kann, mit dem Rad darauf zu fahren. Entsprechende Vereinbarungen liegen vor. Im Zuge weiterer Sanierungsmaßnahmen im Bereich des Schöpfwerkes, soll der Deichverteidigungsweg so hergestellt werden, dass er durchgängig nutzbar ist. Der LHW kann keinen Zeitraum für diese Maßnahme benennen.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Die Baumfällliste ist in Session eingestellt.

Frau Krimmling-Schoeffler bezog sich auf die Nummer 921 und fragte, ob durch diese Ersatzzahlung eine Ersatzpflanzung entfällt. Zu 925 fragte sie, weshalb weniger Bäume nachgepflanzt werden müssen. Des Weiteren regte sie an, die Zahl der Fällungen und Pflanzungen unter die Excel-Tabelle in Zahlen aufzulisten.

Herr Aldag bezog sich auf die Nummer 925 und fragte nach der Sinnhaftigkeit der Birkenachpflanzung.

Herr Paulsen antwortete, dass es derzeit noch interne Abstimmungen gibt, ob Birken zwingend nachgepflanzt werden müssen. Im Moment gibt es diese Anforderungen aufgrund des Kulturdenkmals. Für die Anzahl der Nachpflanzungen zur Nummer 925 sicherte er eine Information im kommenden Ausschuss zu.

Zur Nummer 921 antwortete er, dass die Stadtverwaltung eine öffentliche Fläche anbietet, wenn eine Ersatzpflanzung auf einem privaten Grundstück nicht geleistet werden kann. Auf der öffentlichen Fläche wird durch die Stadtverwaltung eine Ersatzpflanzung mit entsprechendem Pflegeumfang durchgeführt. Der entstandene Aufwand wird durch die Ersatzzahlung gedeckt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Krischok zum Bearbeitungsstand von Konzeptionen

Frau Krischok fragte nach dem aktuellen Erarbeitungsstand der Toiletten-, der Kleingarten- und der Hochwasserschutzkonzeption.

Herr Scherlies antwortete, dass konzeptionelle Erarbeitungen aufgrund der Pandemie nicht prioritär bearbeitet werden konnten. Ein genauer Zeitraum zur Fertigstellung der Toilettenkonzeption ist nicht absehbar.

Frau Ruhl-Herpertz ergänzte, dass die Hochwasserkonzeption in der Aprilausschusssitzung eingebracht wird. Zum Stand der Kleingartenkonzeption sicherte sie eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.2 Frau Krischok zum Waldbeirat

Frau Krischok stellte eine vorab schriftlich eingereichte mündliche Anfrage zum Waldbeirat:

Im Waldbeirat war am 12. November 2020 das NSG Rabeninsel auf der Tagesordnung. Im Protokoll ist zu lesen, dass „eine begleitende und erklärende öffentliche Kommunikation der fachlichen Notwendigkeit“ empfohlen wird. Wie wird diese erfolgen? Des Weiteren soll der Maßnahme eine artenschutzrechtliche Betrachtung vorgeschaltet werden. In welcher Weise ist bzw. wird das geschehen? Wie wird die im Protokoll zu lesende ökologische Bauüberwachung sichergestellt?

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass die Maßnahme derzeit vorbereitet wird, mit dem Ziel im Oktober 2021 beginnen zu können. Im Zuge der Leistungsvergabe wird auch die ökologische Bauüberwachung vergeben. Eine entsprechende öffentliche Aufklärungsarbeit wird vor Beginn der Maßnahme geleistet.

zu 8.3 Frau Krischok zum DLZ Veranstaltungen

Frau Krischok stellte eine vorab schriftlich eingereichte mündliche Anfrage zum DLZ Veranstaltungen:

Wie viele Mitarbeiter*innen aus dem DLZ Veranstaltungen sind für den Bereich „Märkte“ tätig? Sind derzeit alle diese Stellen besetzt? Wenn nicht, aus welchen Gründen und wann werden diese wieder besetzt sein.

Herr Paulsen antwortete, dass fünf Vollzeitstellen, von denen aktuell drei besetzt, für den Bereich Märkte tätig sind. Zusätzlich gibt es Unterstützung von einem Beschäftigten aus dem Fachbereich Immobilien. Die unbesetzten Stellen wurden im Januar 2021 frei und werden derzeit für eine Ausschreibung vorbereitet.

zu 8.4 Herr Aldag zu Baumfällungen im Fuhneweg

Herr Aldag bezog sich auf einen Presseartikel zu anstehenden Baumfällungen im Fuhneweg. Er fragte, welche Baumaßnahme im Fuhneweg durchgeführt werden soll, wann diese startet, wie viele Bäume gefällt werden und ob dazu schon Baumfällgenehmigungen erteilt wurden.

Herr Paulsen antwortete, dass der Stadtverwaltung zum geschilderten Fall noch keine Informationen vorliegen. Er sicherte eine Information im Ausschuss zu.

zu 8.5 Herr Aldag zu Baumfällungen in der Burgstraße/Peißnitzstraße

Herr Aldag bezog sich auf eine Eichenfällung in der Burgstraße/Ecke Peißnitzstraße. Laut Protokoll der Baumschutzkommission handelte es sich um eine gesunde Eiche, mit der Empfehlung des Erhalts. Er fragte, ob eine Fällgenehmigung vorlag und ob Auflagen bezüglich von Ersatzpflanzungen erteilt wurden.

Herr Paulsen verwies auf die gestrige Anfrage im Stadtrat. Eine Fällgenehmigung wurde durch den Beigeordneten des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung und Umwelt erteilt.

zu 8.6 Herr Aldag zu Baumfällungen an der Halle-Saale-Schleife

Herr Aldag bezog sich auf einen Presseartikel zu anstehenden Baumfällungen an der Halle-Saale-Schleife. Er fragte, ob die Fällungen schon immer vorgesehen waren, da in den Bauvorlagen zum ergänzenden Baubeschluss keine zusätzlichen 28 Fällungen vermerkt sind.

Herr Paulsen sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.7 Frau Jacobi zu Dreharbeiten Polizeiruf

Frau Jacobi fragte nach der ausstehenden Beantwortung ihrer Anfrage zu Dreharbeiten des Polizeirufs.

Herr Paulsen sicherte eine zeitnahe Beantwortung zu.

zu 8.8 Frau Jacobi zum Winterdienst auf Radwegen

Frau Jacobi fragte nach Information zum Winterdienst auf Radwegen.

Herr Paulsen sicherte eine Mitteilung in der Märzausschusssitzung zu.

zu 8.9 Frau Jacobi zu Baumschäden in Reideburg

Frau Jacobi stellte eine vorab schriftlich eingereichte mündliche Anfrage zu Baumschäden in Reideburg:

In Reideburg befindet sich entlang der Delitzscher Straße zwischen der Kreuzung Delitzscher Straße/ Mühlestraße/ Klingenthaler Straße und der sogenannten Autobahnsiedlung stadtauswärts auf der rechten Seite eine Baumreihe. Vor einigen Tagen wurde dort der angrenzende Acker gepflügt. Dabei wurden – laut einigen Anwohnern – die Wurzeln der Bäume so stark beschädigt, dass diese teilweise abgetrennt neben den Bäumen lagen.

Ist dieser Sachverhalt der Stadtverwaltung bekannt und wenn ja, können bereits Aussagen zum Umfang der Schäden an den Bäumen und ggf. zur Schadenshöhe getroffen werden?

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass der Sachverhalt der Stadtverwaltung bekannt ist. Es werden entsprechende Ordnungswidrigkeitsverfahren geprüft.

zu 8.10 Frau Jacobi zu Ersatzgeldzahlungen bei Baumfällungen

Frau Jacobi fragte, ob im Zuge der Erhöhung von 300 auf 1500 Euro der Ersatzgeldzahlungen mit einem Anstieg von Wildfällungen zu rechnen ist.

Herr Paulsen sagte, dass Ersatzgeldzahlungen nicht von 300 auf 1500 Euro gestiegen sind. In den letzten Jahren sind die Kosten, aufgrund von Mehraufwand, um wenige hunderte Euro gestiegen.

zu 8.11 Herr Krause zur Baumfällliste

Herr Krause sagte, dass erhebliche viele baubedingte Baumfällungen vorgenommen werden. Er regte eine Qualifizierung der Baumfällliste an, damit alle die kritische Dimension besser bewerten können.

Herr Paulsen schlug vor, dass im kommenden Ausschuss darüber berichtet wird, wie man sich zu den Baumnummern informieren kann. Der Verwaltungsaufwand sollte im vertretbaren Rahmen bleiben. Des Weiteren merkt er an, dass Fällgenehmigungen im Rahmen von Baumaßnahmen nicht leichtfertig getroffen werden. Im Vorfeld finden umfangreiche Diskussionen mit den Bauherren statt, um Fällungen abwenden zu können.

zu 8.12 Herr Krause zum Winterdienst

Herr Krause bezog sich auf den Winterdienst und sagte, dass die Berichterstattung im Amtsblatt fehlerhaft war. Wie im Amtsblatt dargestellt waren viele der Straßen nicht beräumt. Er fragte nach den Einsatzplänen und die dazugehörigen Kapazitäten. Weiterhin sprach er die Verpflichtung der privaten und kommunalen Hauseigentümer an. Die Stadtverwaltung hätte frühzeitig an die Eigentümer appellieren müssen, dass diese ihre Verpflichtung zur Schneeräumung wahrnehmen. Diese Verpflichtung hätte durch das Ordnungsamt kontrolliert

werden

müssen.

Herr Paulsen schlug vor, diese Frage im Zuge der Information zur Wetterlage in die nächste Ausschusssitzung zu nehmen.

zu 8.13 Frau Dr. Burkert zu Schneelawinen

Frau Dr. Burkert bezog sich auf einen Unfall in der Bernburger Straße/Ecke Mühlweg, bei dem ein Mädchen von heruntergestürztem Dachsnee verletzt wurde. Sie fragte, ob es im Stadtgebiet ähnliche Unfälle gab, ob Liegenschaften der Stadt betroffen sind und ob auf die Stadt eventuelle Kosten zukommen, um Auffanggitter zu installieren.

Her Paulsen schlug vor, diese Frage im Zuge der Information zur Wetterlage in die nächste Ausschusssitzung zu nehmen.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Frau Krischok zum Winterdienst

Frau Krischok stellte eine vorab schriftlich eingereichte mündliche Anregung zum Winterdienst:

Der Vertrag mit der HWS sichert zwischen dem 15. Oktober und dem 31. März den Winterdienst ab. Ich rege an, eine Verständigung zum Winterdienst der vergangenen Saison in der Ausschusssitzung im April auf die Tagesordnung zu nehmen.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Frau Krischok zu Baumgießpatenschaften

Frau Krischok stellte eine vorab schriftlich eingereichte mündliche Anregung zu Baumgießpatenschaften:

Ich rege an, nachzudenken, ob für Halle (Saale) die Organisation von Baumgießpatenschaften z. B. wie in Gelsenkirchen möglich ist.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Raue beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Maik Stehle
Stellv. Protokollführerin